Bericht aus Berlin – Nr. 12 vom 13. Mai 2022

Sehr geehrte Damen und Herren,

bis zum 09. Mai – dem Tag der traditionellen sowjetischen Siegesfeier aus Anlass des Kriegsendes gegen Nazi-Deutschland – wollte der russische Machthaber Vladimir Putin sein Ziel erreicht haben und Erfolge – am liebsten sogar den Sieg über die überfallene Ukraine verkünden. Allerdings ist er inzwischen ***sehr weit davon entfernt, dies zu erreichen.*** Und das, obwohl er seine Ziele in der Zwischenzeit bereits mehrfach umdefiniert hat. Denn der große russische Vormarsch im Osten der Ukraine kommt nicht voran – die zweifellos gewaltige Angriffsmaschinerie der Russen wird sogar an manchen Fronten von den ukrainischen Verteidigern zurückgedrängt. Umso gespannter wurde nun die ***Rede von Vladimir Putin*** im Rahmen der großen Militärparade am Montag dieser Woche erwartet. In seine Rede kann man nun zwar viel hineininterpretieren, allerdings ist ***der objektive Erkenntnisgewinn sehr überschaubar.*** Keine befürchtete Generalmobilmachung, aber auch kein Eingeständnis von Schwierigkeiten beim Angriff auf das Nachbarland. Die Propagandamaschinerie läuft gut geölt und ***das Fokussieren anderer Themen hilft bekanntlich stets beim Ablenken von eigenen Problemen.*** Man darf gespannt sein, wie es weitergeht – auch mit Blick auf eine von vielen Medien für die nächsten Tage angekündigte Krebsoperation beim russischen Präsidenten. **Die Zeit für Frieden wäre längst gekommen!**

Militärparade in Moskau – wie aus der Zeit gefallen.
Quelle: dpa/DPA/Sergei Guneev

Russlands Überfall auf die Ukraine hat allerdings nicht nur ***große Auswirkungen auf die Preise – insbesondere im Energiebereich*** (s. unten) sondern wird definitiv auch ***gravierende Folgen im Bereich der Lebensmittelversorgung*** haben. Grund hierfür ist, dass Russland und die Ukraine zu den größten Weizenexporteuren der Welt zählen, es dort nun aber logischerweise zu nicht möglichen Lieferungen und auch Ernteausfällen kommen wird, was zu einer ***geringeren Menge von Weizen auf dem Weltmarkt und somit zu steigenden Preisen*** führen wird. Hiervon besonders betroffen werden Entwicklungs- und Schwellenländer sein, im schlimmsten Fall drohen dort ebenfalls Versorgungs- und Lieferengpässe bis hin zum Hunger. Daher gilt es hier nun möglichst frühzeitig entgegenzuwirken. Denn gerade in Europa wurden in den letzten Jahren große Flächen agrarischen Bodens zu Brachflächen umgewandelt. Erfreulicherweise ***hat die EU nun schnell*** auf diese Herausforderung reagiert und ***den Mitgliedsländern ungewöhnlich unbürokratisch die Gelegenheit eingeräumt, als Brachflächen deklarierte Gebiete für den Anbau von Getreide zu nutzen.*** Allerdings hat Deutschland – und konkret ***Bundeslandwirtschaftsminister Özdemir – eine hierfür vorhandene Frist schlicht verstreichen lassen. Aus diesem Grund können nun in Deutschland eben leider keine 800.000 Tonnen Weizen zusätzlich angebaut und geerntet werden.*** Diese hätten die Ernährung von drei Millionen Menschen sichergestellt. Generell muss die von der EU ab 2023 geplante Stilllegung von vier Prozent der Ackerflächen in Europa überdacht werden. Sich hierfür, sowie für den Anbau weiteren Getreides auf Brachflächen, einzusetzen, forderten wir in einer aktuellen Stunde von der Bundesregierung.

Sehr erfreulich war dagegen der Ausgang der ***Landtagswahl in Schleswig-Holstein,*** unserem nördlichsten Bundesland, am vergangenen Sonntag. Dabei ***zeigten sich zwei Dinge:*** Einerseits sind Landtagswahlen in der Zwischenzeit immer mehr zu ***Persönlichkeitswahlen*** geworden – in diesem Fall kann ein sehr beliebter Ministerpräsident seine erfolgreiche Arbeit mit großem Rückenwind fortsetzen. Andererseits ***kann die Union*** – auch wenn in der Öffentlichkeit gerne anderes behauptet wird – ***Wahlen überzeugend gewinnen.*** Ich bin mir sicher, dass dies auch für die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfahlen am kommenden Sonntag Auswirkungen haben wird. Denn es lässt sich nicht verneinen, dass das insgesamt sehr dürftige Bild, das insbesondere die SPD aktuell auf Bundesebene hinterlässt, auch eine gewisse Rolle bei der Wahlentscheidung spielt. Auf jeden Fall gratuliere ich Daniel Günther zu seiner überzeugenden Wiederwahl recht herzlich.

Volker Mayer-Lay MdB Platz der Republik 1 11011 Berlin Telefon: 030 227 74123 E-Mail: volker.mayer-lay@bundestag.de

Antrag der Unionsfraktion zur Bekämpfung von Inflation und Preissteigerung

Der Krieg in der Ukraine hat ***massive Auswirkungen auf unseren Alltag.*** Insbesondere drücken sich diese Auswirkungen in einem starken ***Anstieg der Inflation*** aus. Diese ist inzwischen so hoch, wie seit 40 Jahren nicht mehr und macht sich vor allem an den Tankstellen und bei anderweitigem Energieverbrauch bemerkbar – sowie selbstverständlich beim Einkauf im Supermarkt. Ein weiterer negativer Effekt ist, dass Sparguthaben und sonstige Rücklangen, gerade auch für das Alter, dahinschmelzen. ***Umso unzureichender ist die bisherige Reaktion der Bundesregierung, aber auch der Europäischen Zentralbank*** darauf. So führt eine Inflation stets auch zu ansteigenden Einnahmen des Staates! Diese sollten nun für die Abmilderung der Inflationslasten auf breiter Front genutzt werden. Es müsste quasi ein „Schutzschirm" aufgespannt werden. Allerdings soll es nun, entgegen früherer Forderungen, eben ***kein Bürgerenergiegeld für alle, sondern lediglich eine Energiepauschale für manche*** geben. ***Gerade die besonders betroffenen Rentner und Studentinnen und Studenten sollen nun herausfallen.*** Da sich die Ampel bislang beim Thema Inflationsbekämpfung in Ankündigungen und Einzelmaßnahmen verstrickt, forderten wir die Bundesregierung mit unserem **Antrag „Preissteigerung bekämpfen – Schutzschirm gegen die Inflation"** zu einem breiten Strauß an Maßnahmen auf. So forderten wir einen ***Ausgleich der so genannten „kalten Progression"***, eine kurzfristige Auszahlung der Energiepauschale – inklusive deren Ausweitung auf Rentner, Studenten und Bezieher von Lohnersatzleistungen wie beispielsweise junge Familien. Allerdings reicht das bei Weitem nicht aus, weshalb wir uns insbesondere auch ***Entlastungen bei den Energie- und Kraftstoffpreisen*** einsetzten – gerade auch ***für die besonders betroffenen Pendler.*** Darüber hinaus benötigen wir weitere strukturelle Maßnahmen, insbesondere Entlastungen, ***hin zu mehr Wettbewerbsfähigkeit.*** Hierbei spielen die Beschleunigung von Planungs- sowie Genehmigungsverfahren sowie der konsequente ***Abbau von Bürokratie und Investitionshemmnissen*** eine zentrale Rolle. Leider wurde auch dieser zielführende und sinnvolle Antrag von der Ampel schlicht abgelehnt, aber vielleicht erlebt er ja in der nächsten Sitzungswoche im Gewand eines Regierungsantrags seine wundersame Wiederauferstehung.

Wir am See

Eis als Heizung – zu Gast im Familienzentrum Pfullendorf

Kühlen mit Eis, das klingt absolut logisch – aber Heizen mit Eis – das klingt im ersten Moment doch zumindest etwas ***ungewöhnlich, wenn nicht sogar einigermaßen unglaubwürdig.*** Dabei ist dieses Verfahren heute bei weitem nicht mehr so unüblich, wie man denken könnte und funktioniert über einen großen, im Boden unter dem Gebäude befindlichen Eisspeicher. Diesem wird dann durch eine Wärmepumpe Energie entzogen und dadurch das Leitungssystem beheizt. Der Strom hierfür kommt dabei von einer Fotovoltaik-Anlage auf dem Dach in Kombination mit einem Batteriespeicher und im – sehr seltenen – Notfall von den Stadtwerken. Ende vergangener Woche überzeugte ich mich ***mit meinen Kollegen, unserem Europaabgeordneten Norbert Lins*** und ***dem Pfullendorfer Bürgermeister Thomas Kugler*** vor Ort von dieser innovativen, zukunftsträchtigen und sehr klima- und umweltfreundlichen Technik im Pfullendorfer Familienzentrum.

Im Familienzentrum Pfullendorf

Vortrag zum Ukrainekrieg im Rahmen des jüngsten „Ochsengeschwätzes" der CDU Überlingen

Noch im April war ich zu Gast beim traditionellen „Ochsengeschwätz" der CDU Überlingen im historischen ***Braustüble des Hotels Ochsen.*** Dabei informierte ich die Mitglieder und Gäste an diesem Abend im Rahmen eines Vortrags über den seinerzeitigen Stand des Krieges in der Ukraine. Bereits damals war abzusehen, dass Russland seine selbst gesetzten Ziele nicht würde erreichen können. Als Bundestagsabgeordneter und stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuss konnte ich in meinem Vortrag einige Dinge berichten, die der breiten Allgemeinheit nicht bekannt waren und sind. Beispielsweise das ***Budapester Memorandum***, in welchem sich Russland, die USA, Großbritannien, Frankreich und China dazu verpflichtet haben, die selbstbestimmte Existenz und die Grenzen der Ukraine im Gegenzug zum ***Verzicht auf sämtliche Atomwaffen*** zu garantieren. Insbesondere diese Sicherheitszusage hat Russland nun gebrochen. Bei meinem Vortrag konnte ich mich zusätzlich zu den offiziellen Quellen auch ***auf persönliche Erfahrungen*** – unter anderem durch meine Teilnahme an einem ***privaten Hilfskonvoi*** sowie durch Gespräche mit Ukrainern vor Ort – berufen. Im Anschluss an den Vortrag freute ich mich sehr über eine lebhafte und sehr facettenreiche ***Diskussion.*** Klar wurde, dass das Thema uns alle sehr bewegt und teilweise sehr große Angst vor einer weiteren Eskalation herrscht. Es ist nun unsere Aufgabe als Politik und als Politiker dies zu verhindern. Da langsam aber sicher, auch auf Druck der Union, der Kurs Deutschlands in diesem Konflikt klarer wird, ***bin ich guter Dinge, dass uns dies auch gelingt!***

Beim „Ochsengeschwätz" in Überlingen

Volker Mayer-Lay MdB Platz der Republik 1 11011 Berlin Telefon: 030 227 74123 E-Mail: volker.mayer-lay@bundestag.de

Wir am See

Zu Besuch bei der Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB) in Oberteuringen

Vor einigen Tagen besuchte ich die Geschäftsstelle der EUTB Bodensee-Oberschwaben und deren Leiter, Thomas Schalski, in Oberteuringen. Bereits seit 2018 kümmern sich Herr Schalski persönlich, per Telefon oder Videoschalte, um die Belange zahlreicher Menschen mit Behinderungen, und um sowie um deren Angehörige, die Fragen zu Rehabilitation und Teilhabe haben – bei uns im Bodenseekreis und darüber hinaus. Unterstützt wird er durch seine Frau Anita Schalski, die als selbständige Pflegeberaterin arbeitet. Wichtig sind bei dieser Arbeit, laut den Worten von Herrn Schalski, insbesondere der ***regelmäßige Kontakt mit den Betroffenen sowie der Aufbau eines Vertrauensverhältnisses.*** Die Betreuung der betroffenen Menschen umfasst in vielen Fällen mehrere Jahre. Besonderen Wert legen Herr und Frau Schalski darauf, ***den Betroffenen auf Augenhöhe zu begegnen,*** da es gerade für Menschen mit Beeinträchtigungen elementar wichtig ist, ***selbstbestimmt Entscheidungen treffen zu können.*** Häufig wüssten viele Betroffene nämlich überhaupt nicht, welche Leistungen ihnen zustehen oder welche Hilfsmaßnahmen ihnen den Alltag erleichtern könnten. Hier hat es ***in den letzten Jahren massive Verbesserungen*** gegeben. So legt beispielweise das in Schritten bis 2023 in Kraft tretende ***Bundesteilhabegesetz*** (BTHG) für Menschen mit Behinderungen mehr Möglichkeiten zur Teilhabe und Selbstbestimmung fest. Im BTHG ist dabei auch die Einrichtung der EUTB-Beratungsstellen verankert, welche vom Bund finanziert wird. Die Anbieter für die EUTB werden dann in einem ***Auswahlverfahren zwischen Bund und jeweiligem Bundesland ausgewählt.*** Das Engagement der EUTB vor Ort kann man nur würdigen, denn Einrichtungen wie die EUTB sind ein unverzichtbarer Bestandteil der Beratungslandschaft und eine wichtige Anlaufstelle der Bürger in unserer Region.

Mit Herrn und Frau Schalski bei der EUTB

Fakten und Meinungen

Weitere Themen der Woche

Fragen an Staatssekretärin aus dem Umweltministerium

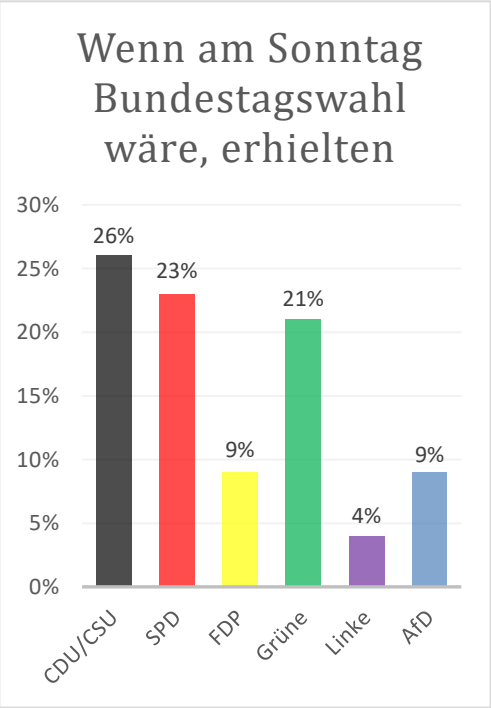
Bei der dieswöchigen Regierungsbefragung am vergangenen Mittwoch habe ich die parlamentarische Staatssekretärin im Umweltministerium nach dem Stand der Dinge des Aktionsprogramms „Reparieren statt Wegwerfen“ und insbesondere dem geplanten „Recht auf Reparatur“ befragt. Die Antwort hat mich nicht überzeugt. Außer „Abstimmung“ und Verweis auf die europäische Ebene kamen keine brauchbaren Fakten. Ich werde weiterhin im Sinne der Verbraucherinnen und Verbraucher auf Fortschritte bei diesem Thema drängen.

Bei der Fragestunde am Mittwoch

Einsatz für Gastronomie und mittelständische Brauereien

Als Gründungsmitglied der Parlamentsgruppe Braukultur im Deutschen Bundestag, liegt mir das Wohl dieses traditionellen Gewerbezweiges – sowie der Gastronomie im Allgemeinen – besonders am Herzen. Zur Abmilderung der Auswirkungen der Corona-Pandemie und insbesondere der völligen Schließungen der Gastronomie über mehrere Monate hinweg, ***wurde Mitte des Jahres 2020 der Mehrwertsteuersatz für die Gastronomie – ebenso wie die Biersteuer abgesenkt.*** Diese Regelung ***läuft zum Ende dieses Jahres aus.*** Allerdings ist es mitnichten so, dass sich die Betriebe in der Gastronomie und somit auch die Zulieferbetriebe, wie Brauereien, von den Corona-Folgen erholt haben. Daher haben wir nun die Bundesregierung in einem Antrag aufgefordert, ***diese beiden, für viele wichtigen, Steuersenkungen auch für die Zukunft dauerhaft fortgelten zu lassen.***

AKTUELLE UMFRAGE
„Wäre am Sonntag Wahl!“



Quelle: Forsa, 10.05.2022

Zitat der Woche

„Und ja, Sie tun etwas – ohne Zweifel, … – es ist nur zu wenig, zu spät und zu bürokratisch; das ist das Problem.“
Der frühere Bundesgesundheitsminister Jens Spahn in der Debatte zur Entlastung der Bürger am gestrigen Donnerstag.

Kleine Terminauswahl

Mo., 16.05.2022 bis Fr., 20.05.2022	**Sitzungswoche des Deutschen Bundestages in Berlin.**
Sa., 21.05.2022	**Kreisparteitag der CDU Bodenseekreis in Friedrichshafen-Ettenkirch.**
Mo., 23.05.2022 und Mi., 25.05.2022	**Vorträge und Gespräche mit Schülern mehrerer Schulen zum EU-Projekttag.**
In Kalenderwoche 21	**Veranstaltungen der CDU in Uhldingen-Mühlhofen, Pfullendorf und Langnau-Laimnau.**